

Jörg Becker

## **Haushaltsrede 2018 im Rat der Stadt Solingen am 30. November 2017**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Bevor ich mich Finanzfragen zuwende, erlauben Sie mir bitte die folgende Vorbemerkung: Im Gegensatz zu Ministerpräsident Weil aus Hannover habe ich diese Rede ohne die Hilfe eines Konzerns geschrieben.

30 Milliarden Euro: So viel mehr wird der Bund nach Schätzungen in diesem Jahr an Steuern einnehmen als gedacht und allein an den deutschen Krediten für das bankrott gemachte Griechenland verdiente die Bundesregierung rund 1,3 Milliarden Euro. Und die Vonovia, Deutschlands größtes Wohnungsbauunternehmen, kletterte 2017 einige DAX-Punkte rauf, während seine in Solingen aufgekauften Wohnungen vor sich hin gammeln. 2016 sprudelten in Solingen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und die ökonomische Gesamtentwicklung verlief in Solingen ausgesprochen positiv und gegenwärtig geht der Kämmerer von zusätzlichen 2 Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen aus. Bei so viel Geld: Wo liegt das Problem, möchte man meinen?

Ja! Sogar Stadtkämmerer Weeke stimmt der schon lange von der LINKEN vorgebrachten Forderung zu, dass aus kommunaler Sicht Bund und Land bei der Finanzierung kommunaler Aufgaben sehr viel stärker als bisher in die Pflicht zu nehmen sind. Und selbstverständlich muss sich der Bund stärker an den Kosten der Unterkunft beteiligen.

Neben diesem Ebenenkonflikt muss man aber leider feststellen, dass sich CDU, SPD, FDP und Grüne durch einen Mangel an innerer Demokratie auszeichnen. Nach dem Motto, was kümmert mich mein Solinger Geschwätz, können dieselbe Abgeordneten, wenn sie in Düsseldorf und Berlin abstimmen, durchaus und ohne Scham den Solinger Sparhaushalt belasten. Herr Moritz: Wie haben Sie eigentlich Anfang September in Düsseldorf bei der Krankenhausfinanzierung abgestimmt? Die dort beschlossene Aufstockung der Fördermittel könnte nämlich auf hohe Zusatzausgaben aus dem städtischen Etat hier in Solingen hinaus laufen? Liebe Frau Preuß-Buchholz: Warum haben Sie 2016 in Düsseldorf der Aufstockung von Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende in den Kommunen zugestimmt? Sie wissen doch, dass damit unsere hoch verschuldete Stadt mit weiteren knapp 80.000 Euro pro Jahr belastet wird?

Und erst kürzlich haben CDU- und SPD-Abgeordnete aus der Groko allen deutschen Kommunen mit ihrer gemeinsam beschlossenen Grundgesetzänderung über die Finanzaufteilung zwischen Bund und Land ein riesengroßes Ei ins Nest gelegt. Nun sind im Bereich des Schulneubaus ÖPP-Projekte möglich, obwohl Bundesrechnungshof und Landesrechnungshöfe der Öffentlichkeit seit langem vorrechnen, dass diese ÖPP-Finanzierungen die Verschuldung der Kommunen weiter nach oben treiben werden. In Offenbach verdoppelten private Investoren bei einem ÖPP-Schulprojekt die Mietforderungen an die Stadt für alle städtischen Schulen und ein anderer Investor verklagt gerade



den Bund auf 787 Millionen Euro, weil die Gewinne auf seiner privaten ÖPP-Autobahn nicht so liefen wie er sich das gedacht hatte.

Und der nächste finanzielle Unsinn ist das deutsche Glaubensbekenntnis von der „Schwarzen Null“. Alle Erfahrung lehrt, dass eine Rezession die Folge des gegenwärtig überhitzten Wachstums sein wird. Und genau dann müssen massiv staatliche Schulden getätigt werden, damit die gesellschaftlichen Verwerfungen und sozialen Nöte nicht allzu hoch werden. Und schon jetzt könnte eine Dynamisierung des Binnenmarktes plus höhere Löhne für Beschäftigte sowohl den außenwirtschaftlichen Kriegskurs gegen die französische Ökonomie stoppen als auch im eigenen Land die Lebensqualität der kleinen Leute erhöhen. Der Glaube an die „Schwarze Null“ ist eben ein Glaube. Auf reinen Glauben kann man aber keine vernünftige Finanzpolitik betreiben.

Gegenwärtig treibt das Geschwätz von der „Schwarzen Null“ die Kommunen in die Hände privater Finanzinvestoren. Und die Menschen, die in den Kommunen leben, zahlen dann massiv drauf: Teurere Müllgebühren, kürzere Öffnungszeiten ihrer Bibliotheken und Schwimmbäder, weniger Busverkehr, hohe Abrechnungen für Energie und Wasser, marode Straßen, Brücken und Leitungssystemen, Gebührenerhöhungen für Kitas, Aufgebote, Erbscheine, Personalausweise, Museen oder Stagnation bei den Ganztagspauschalen pro Schüler seit 11 Jahren. usw. Das Gegenteil wäre der richtige Weg damit es in unserer Stadt wieder gerechter zugeht. Wir fordern die Abschaffung von, vor allem mittlere Einkommen belastenden Kita-Gebühren. Ebenso fordern wir kostenlosen Eintritt in städtische Museen für Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche sowie die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen.

Wann endlich begreifen Sie als verantwortliche Politiker, was gespielt wird? Wann endlich befreien sie sich aus dem unerhörten Zugriff solcher Investoren, Steuer- und Anwaltskanzleien?

Gucke ich mir das Finanzgebaren der Stadt Solingen in den letzten Jahren an, dann verliere ich jeden Glauben an Vernunft und Rationalität. Lassen Sie mich Ihnen dazu einige Details in Erinnerung rufen, die Sie im alle selber kennen sollten und denen ja häufig Mehrheitsbeschlüsse des Rates zugrunde lagen. Warum zahlten die Solinger Stadtwerke 2008 einer einzigen Beratungsfirma 700.000 Euro, um den Stadtwerkeverbund mit Velbert und Remscheid vorzubereiten, der nicht zustande kam? Hier wurde also konsequenzlos Geld verbrannt. Warum ließ sich die Stadtverwaltung unter OB Haug darauf ein, dem Betreiber des neuen Rathaus' überhöhte Mietpreise pro Quadratmeter zu bezahlen? Warum hatte die Stadt Solingen Ende 2016 Außenstände in Höhe von 31 Millionen Euro? Warum fielen für die BSG und ihre Töchter seit ihrer Gründung Beratungskosten in Höhe von 8,2 Millionen Euro an? Warum lagen 2015 laut Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW Solingens IT-Kosten höher als bei den meisten kreisfreien Städten in NRW? Warum hängt die Revision des Stadtdienstes Schulverwaltung nach wie vor in der Luft, ist nach wie vor nicht abgeschlossen, so dass niemand genau beziffern kann, was in dieser Abteilung eigentlich passiert? Stimmt es, dass die Stadtverwaltung an den börsennotierten Medienkonzern Ströer jährlich 275.000 Euro für Außenwerbung zahlt? Und ein letztes: Alle drei OBs, Haug, Feith und Kurzbach, haben jeweils rund 100.000 Euro für jeweils neue Marketingkampagnen für



Solingen ausgegeben. Halten Sie das für sinnvoll?

Ja, viele dieser Ausgaben liegen lange zurück und einige dieser Finanzprobleme werden gegenwärtig auch tatkräftig in Angriff genommen. Aber: Viele der damals handelnden Personen in der Stadtverwaltung handeln dort auch noch heute, was wir wenig vertrauenserweckend finden.

Die Luxemburg-Leaks, die Paradise-Papers und sonstige Steuertricks verhöhnen nicht nur den Staat, sondern vor allem auch uns, also alle Bürgerinnen und Bürger die ihre Steuern zahlen. Der Wettbewerb der Superreichen um die miesesten Steuertricks erhält – was eigentlich unglaublich ist – den Segen des früheren deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble von der CDU. So stellt die Partei DIE LINKE nüchtern fest, dass es zwei Regeln gibt: eine für die Super-Reichen und eine zweite für die Mehrheit.

Als Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE kann ich mich über den historischen Tiefstand der SPD überhaupt nicht freuen. Weil eine Überwindung der furchtbaren sozialen Schieflagen in Deutschland auch eine SPD braucht. Eine, die ihr soziales Gewissen nach vorne stellt.

Warum gibt es für die Solinger Schulen nicht mehr Sozialarbeiter, warum wird der ÖPNV ausgedünnt, wann endlich können in Solingen 70% oder 80% einen Kitaplatz finden? Warum muss Solingen ausgerechnet bei den Einkommensschwachen 1,5 Millionen Euro an Kosten der Unterkunft pro Jahr einsparen? Warum werden die Pauschalen für die Ganztagsbetreuung seit Jahren nicht angepasst? Warum gibt Solingen 1 Million Euro pro Jahr für ein Sicherheitskonzept aus, das auf gefühlten Sicherheitsängsten der Bürger aufbaut, sich aber nicht auf einen realen Anstieg von Kriminalität stützen kann? Warum bezahlen die Zwillingswerke keinen einzigen Cent an Steuern in Solingen, während die Stadt gleichzeitig 1 Millionen Euro für sogenannte Aufstocker zahlt, also städtische Mittel dafür erhalten müssen, den Gewinn solcher Unternehmer zu steigern, die niedrige Löhne zahlen? Warum gibt es in Solingen keinen städtischen sozialen Wohnungsbau? Und warum steht Solingen in NRW ganz vorne bei den Kommunen, in denen die Zahl der Aufstocker pro Kopf der Bevölkerung am höchsten ist? Warum liegt die Zahl der Lehrstellen in Solingen weit unter dem Niveau von Wuppertal und Remscheid? Warum leben in Solingen rund 20% aller Kinder in als arm geltenden Haushalten?

Fragen über Fragen. Solange es nur die vorgelegten Antworten gibt, kann die Partei DIE LINKE einem Haushalt wie diesem nicht zustimmen. Dieser Haushalt ist phantasieloses Flickwerk.

Das dieser Haushalt am Ende eine Mehrheit erhalten wird, scheint zugleich klar. Erfolgreich wurde in diversen Hinterzimmergesprächen und möglichst fern von demokratisch legitimierten Gremien eine Koalition der Willigen geschmiedet, die nun gemeinsam das weiter so beschließt. Allein diese Form der Verhandlung, unter Ausschluss der Fachleute in den jeweiligen Ausschüssen zeigt, dass den Mehrheitsfraktionen demokratische Spielregeln und Transparenz willentlich missachten, wenn es darum geht ihre Interessen durchzusetzen. Dass manchen Parteien ein wirkliches Verständnis für demokratische Werte fehlt und sie zum Erlernen dieser höchstrichterliche Hilfe benötigen, konnten



wir zuletzt erneut erleben. Dass dieses Urteil und damit die herrschende Gewaltenteilung auch noch von führenden Vertretern der Solinger Politik in Frage gestellt wird empfinden wir als erschreckend.

Meine Damen und Herren, uns als LINKE macht die soziale Kälte in unserer Stadt betroffen. Wir können einem Haushalt, der die Probleme nicht ganz entschieden und ernsthaft angeht, der das Gegenteil von Aufbruch, das Gegenteil von sozialer Verantwortung ist nicht zustimmen.  
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit